



antira-Wochenschau vom 29.08. & 05.09.22

Unverhältnismässige Rückstufungen, aufrüttelnde Antisemitismus-Zahlen, menschenfeindliches FDP-Migrationspapier

Antirassistischer Rückblick auf eine Woche voller Rassismus und Widerstand:

- Erschreckende Antisemitismuszahlen, die zu wenig bewegen
- Rückstufungen wegen sogenannten «Integrationsdefiziten»
- Was steckt wohl hinter dem FDP Migrationspapier?
- Container, Zelte, Bunker: Unwürdige Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine
- Systematische Abschottung und Abschreckung an Europas Grenzen: Versuch eines Überblicks
- Illegale Push-Backs in der Evros-Region: Ablenkung vom Wesentlichen
- Griechenland: Media-Farce über Push-Backs in Evros-Region
- Achtung: Sonderflug nach Sri Lanka am 5. oder 6. September geplant
- Abgesagt: Propagandaveranstaltung des eritreischen Regimes
- Luzern: Absage der „Wohlfühl Tage“ gefordert
- Verein Tesoro fordert Aufarbeitung des Saisonierstatut
- „Chaoten? Sachbeschädigung?“ Aktivist*innen stehen für Grundrechte ein

Die Artikel der antira-Wochenschau beruhen auf dem Medienspiegel der vergangenen Woche. Für eine bessere Lesbarkeit wird hier auf den Abdruck aller Links aus der digitalen Version verzichtet. Die vollständige Wochenschau gibt es auf antira.org, barrikade.info und per Newsletter. Möchtest du die Printversion der Wochenschau einmal pro Woche in deinen Briefkasten geliefert bekommen? Dann schick uns eine Email mit der gewünschten Lieferadresse an antira@immerda.ch.

Was ist neu?

Erschreckende Antisemitismuszahlen, die zu wenig bewegen

Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) hat letzte Woche ihren Antisemitismusbericht veröffentlicht. Mediale Aufmerksamkeit erhielt der Bericht kaum, nur eine einzige Zeitung griff das Thema auf. Antisemitismus wird in der Schweiz immer noch kleingeredet und kaum thematisiert. Eine intensive Auseinandersetzung mit Antisemitismus findet weder in der institutionalisierten Politik noch in der linken Bewegung statt.

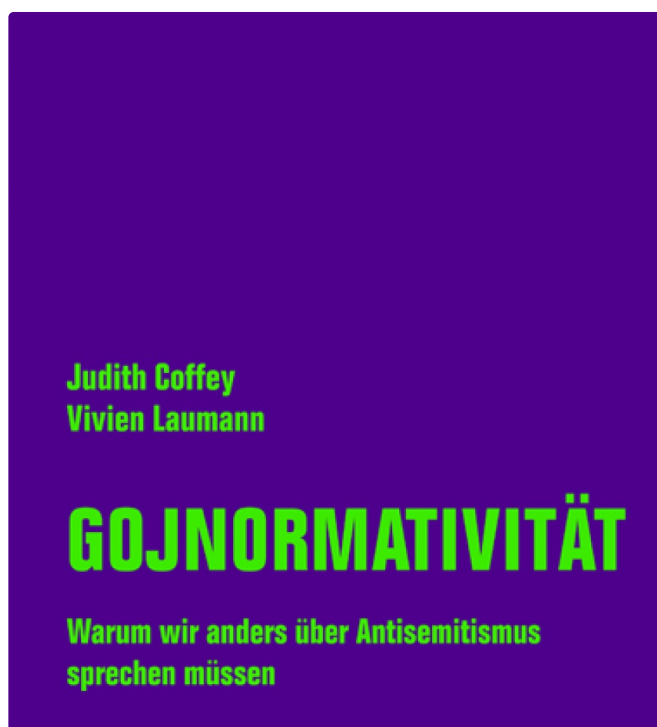
Gemäss dem Bericht sind 8% der Schweizer Bevölkerung antisemitisch eingestellt. 22% neigen zu antisemitischen Stereotypen. 285 antisemitische Vorfälle wurden seit Inkrafttreten der Antirassismus-Strafnorm 1995 und bis 2020 vor Gericht verhandelt und es kam zu 217 Strafurteilen. Diese Zahlen sind nicht unwesentlich, im Vergleich zum Antisemitismusbericht des Schweizerisch Israelischen Gemeindebundes (SIG) aber noch um einiges tiefer. Das SIG führt eine eigene Meldestelle für antisemitische Vorfälle: Angriffe, Beschimpfungen, Schmierereien, Nachrichten oder Onlinebeiträge auf Sozialen Medien werden darin dokumentiert. Allein im Jahr 2021 wurden beim SIG knapp 860 antise-

mitische Vorfälle gemeldet. Der grösste Teil davon waren Onlinevorfälle auf dem Messenger-Dienst Telegram. Insbesondere diese hätten 2021 stark zugenommen. Im Bericht hält das SIG fest, dass in den aktuellen Krisen das Bedürfnis nach Sündenböcken mit antisemitischen Klischees und Theorien befriedigt wird. Jonathan Kreutner, Generalsekretär des SIG, sagt, dass die jüdische Minderheit als historisch gewachsener Sündenbock oft ein Seismograf für Diskriminierungstendenzen in der Gesellschaft ist. Er meint damit, dass die Pandemie und die Mobilisierung der Coronaleugner sowohl Nährboden für Antisemitismus wie auch für Rassismus waren. Sichtbar wurde das unter anderem an

der antisemitischen Symbolik der Corona-Demos und der Verbreitung von Verschwörungstheorien zur jüdischen Weltübernahme.

Verschwörungstheorien, schreibt die jüdische queer_feministische Autorin Debora Antmann, mögen für manche Menschen absolut lächerlich klingen. Für viele seien sie aber auch eine einfache Anschlussmöglichkeit, um eine Zielscheibe für ihr Leid und ihre Angst zu haben. Die Dauerhaftigkeit der Macht, die Verschwörungstheorien haben, zeigt sich zum Beispiel im antisemitischen Pamphlet «Die Protokolle der Weisen von Zion». Dieses gehört immer noch zu den weitverbreitetsten Dokumenten des modernen Antisemitismus, obwohl es bereits in den 1920er Jahren als Fälschung enttarnt wurde. Doch noch 2020 hat die PNOS den Text abgedruckt. Diese unglaubliche Tatsache und der Bericht der EKR und der SIG zeigen, dass für Jüd*innen die Schweiz nicht immer ein sicherer

Ort ist. Sie bewegen sich in einer Welt, die «gojnormativ» (nicht-jüdisch (gojische) dominiert) ist und fallen trotzdem oft aus linken Antidiskriminierungsdiskursen, weil sie als Teil der weissen Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen werden. Debora Antmann schreibt, dass es in der linken Bewegung ein Bewusstsein dafür braucht, dass «die Auseinandersetzung mit Antisemitismus uns alle angeht». Die Aufgabe von linken Communities besteht gerade zu heutigen Zeiten darin, Antisemitismus zu bekämpfen und sich auch in Bezug auf diesen zu reflektieren und zu bilden. Eine Lektüreempfehlung an dieser Stelle ist das Buch «Gojnormativität» von Judith Coffey und Vivien Laumann. Es thematisiert jüdische Positionen und deren Fehlen in vielen intersektionalen Ansätzen. Verantwortungsübernahme kann auch darin bestehen, beobachtete antisemitische Vorfälle beim SIG zu melden: swissjews.ch/vorfallmelden.



Lesenswert

Gojnormativität. Warum wir anders über Antisemitismus sprechen müssen

Judith Coffey / Vivien Laumann

Rückstufungen wegen sogenannten «Integrationsdefiziten»

Ein Bundesgerichtsurteil betreffend Rückstufungen wegen sogenannten „Integrationsdefiziten“ könnte positive Auswirkungen für Menschen mit C-Ausweis haben. Doch in der Praxis halten sich viele Migrationsämter nicht daran. Die Schweiz und ihr rassistisches Ausländer- und Integrationsgesetz: Ein Beispiel

Vor 2019 konnten Menschen, die länger als 15 Jahre in der Schweiz gelebt haben und über den C-Ausweis verfügten, praktisch nicht weggewiesen werden. Dann kam die Revision des Ausländer- und Integrationsgesetzes. Seither kann rückgestuft werden, wer sog. «Integrationsdefizite» aufweist: Der C-Ausweis wird entzogen und in eine befristete Aufenthaltsbewilligung (B-Ausweis) umgewandelt.

Der Beobachter schreibt dazu: «Das hat grosse Nachteile. Der B-Ausweis ist meist nur ein Jahr gültig und muss dann erneuert werden. Wem es innert der gesetzten Frist nicht gelingt, den Grund für die Rückstufung aus der Welt zu schaffen, riskiert seine B-Bewilligung und muss womöglich das Land verlassen. Das kann zum Beispiel

passieren, wenn man sozialhilfebedürftig wird. Denn neu zu den Integrationskriterien gehört, dass man wirtschaftlich und sprachlich integriert ist.»

Seit Anfang 2019 wurden 597 Personen von einer C- auf eine B-Bewilligung rückgestuft. Dabei kann diese Rückstufung alle treffen, auch Menschen, die hier in der Schweiz geboren wurden und das ganze Leben hier verbracht haben. Eine Zweiklassenjustiz, die rechte und bürgerliche Kräfte in der Schweiz seit Jahren vorantreiben: Wer als Person ohne Schweizer Pass strafrechtlich verurteilt wird oder Sozialhilfe benötigt, kann das Aufenthaltsrecht verlieren.

Gesetze wirken bekanntlich nicht nur bei ihrer Anwendung, sondern bereits vorher

*"Das Amt für Migration sagte mir: Wenn du keine Stelle findest, kannst du nicht in der Schweiz weiterleben.
Es ist ein grosser Stress und Druck, den das Amigra ausübt. Es ist Unterdrückung."*

im Kopf. Zum Beispiel bei D., die mit einer B-Bewilligung in Luzern lebt. Sie erzählt: «Nach meiner Scheidung verlangte das Sozialamt von mir, dass ich arbeite. Ich habe 2 kleine Kinder, eine Ausbildung oder Weiterbildung zu machen war sehr schwierig. Ich arbeitete dann im Rahmen eines Beschäftigungsprogrammes in einem Hort. Aber auch da wurde immer weiter Druck gemacht. Das Amt für Migration (Amigra) sagte mir: Wenn du keine Stelle findest, kannst du nicht in der Schweiz weiterleben. Das Amigra schickte mir Briefe mit Fragen, wieso ich nicht arbeite. Ich muss dem Amigra regelmässig meine Bewerbungen schicken. Zweimal kam mein Ausweis zu spät, ich war sehr gestresst. Es ist ein grosser Stress und Druck, den das Amigra aus-

übt. Es ist Unterdrückung.» Ein Gerichtsurteil vom Herbst 2021 könnte aber positive Auswirkungen für alle Menschen mit Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) haben, da eine Rückstufung rein rechtlich nun nicht mehr so einfach ist. Gemäss dem obersten Gericht braucht es dafür ein sog. «aktuelles Integrationsdefizit von einem gewissen Gewicht». Nach Einschätzungen eines Anwaltes werde es aber auch in Zukunft zu «unverhältnismässigen» Rückstufungen kommen, da sich viele Migrationsämter schwer tun, ihre herkömmliche Praxis anzupassen. Obwohl sie rechtlich dazu verpflichtet wären. Betroffene und solidarische Personen werden sich daher auch in Zukunft mit Beschwerden für ihre Rechte wehren müssen.

Was steckt wohl hinter dem FDP Migrationspapier?

«Hart, aber fair» betitelt die FDP ihr neuestes neokoloniales Migrationspapier zynisch. In den kommenden Jahren wolle die Partei erstens alles daran setzen, die europäische Personenfreizügigkeit zu erhalten. Und zweitens den allermeisten nicht-europäischen Arbeitskräften das Recht auf Bewegungsfreiheit verweigern. Nicht-europäische Arbeitsmigrant*innen sollen mit bekannten Mitteln bekämpft werden: Entrechtung, Repression und Gewalt, sowie finanzielle Sanktionen.

Das FDP-Migrationspapier ist voll mit Forderungen nach mehr Ungleichbehandlung von Menschen, welche nicht aus dem Schengenraum stammen. Damit greift die FDP auf eine lange Tradition des sogenannten Liberalismus zurück. Bereits in der Aufklärung sagten liberale Stimmen:

„Menschenrechte ja“ und schlossen gleichzeitig Menschen aus dem Globalen Süden, aber auch Frauen von diesen Rechten aus. Heute sagt die FDP: „Ja zur Personenfreizügigkeit!“ und mauert weiter an der Festung Europa.

Die FDP sieht zwar Gründe, warum Nicht-Europäer*innen migrieren: „Klimawandel, wachsendes Gefälle Nord–Süd, entfachte Bürgerkriege in Afrika oder Naher/Mittlerer Osten und erhöhte soziale Spannung aufgrund des Wohlstands,“ einwandern dürfen nicht-europäischen Personen aber ausschliesslich, wenn es ihnen (1) gelingt, vom rassistischen SEM Asyl zu erhalten oder, wenn sie (2) von der Wirtschaft – im Falle von Fachkräftemangel – ausdrücklich gerufen werden.

Pauschal brandmarken die Liberalen nicht-europäische Migrant*innen als „wachsenden Druck“, „irregulär“, „unvorhersehbar“, „überfordernd“, „belastend“. Gegen diesen

„Migrationsdruck“, den „permanenten Anstieg der Anzahl an vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen“ oder den „Anstieg der Zahl von Staaten, die abgewiesene Asylbewerber nicht zurücknehmen“ will die Partei noch gewaltvoller vorgehen und fordert:

Mehr Dublin-Abschiebungen:

Auch in Staaten wie Griechenland, Kroatien oder Ungarn, wo sogar das SEM aus Menschenrechtsgründen auf Dublin-Abschiebungen verzichtet, indem es das sogenannte „Selbsteintrittsrecht“ der Schweiz nutzt und Asylgesuche behandelt. Dieses Selbsteintrittsrecht will die FDP angreifen.

Abschiebung von vorläufig Aufgenommenen (Ausweis F):

Die FDP fordert die „absolute und konsequente Beschränkung der Flüchtlingsaufnahme auf Menschen, die effektiv eine Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Gesetzgebung und der Flüchtlingskonvention aufweisen“. Davon ausgeschlossen sind ca. 50'000 Menschen mit vorläufiger humanitärer Aufnahme (Ausweis F). Sie alle haben einen negativen Asylentscheid. Aufgrund von humanitären Gründen und dem „Non-Refoulement“-Gebot der UNO

«Hart, aber fair» unter neuen Voraussetzungen

Forderungen der FDP in der Migrationspolitik



werden sie vom SEM geduldet. Sie alle will die FDP abschieben.

„Begrenzung des Familiennachzugs“:

Wer nicht als Familie flüchtet oder migriert, kann bei der Ankunft in der Schweiz beantragen, Kinder oder Ehepartner*innen „nachzuziehen“. Dieses Menschenrecht auf Familienleben ist bereits extrem eingeschränkt. Der FDP reicht dies nicht, weil es sonst zur „Überlastung der Sozialsysteme“ komme. Eine Behauptung mit menschenfeindlichen Folgen.

Kein Asyl nach Aufenthalt in einem „Safe Country“:

Die FDP verlangt, dass die Behörden die „Anzahl der «Safe Countries» und die Anpassung der Kriterien für die Definition eines Safe Country regelmässig überprüft“ und verschärft. Dies ist ein nötiger Schritt, um Menschen, die z.B. über die Balkanroute nach Europa reisten, in einen der durchreisten Staaten abzuschicken, da es dort „save“ sei.

Mehr Abschiebendeals:

„Die FDP fordert eine enge Zusammenarbeit mit der EU, speziell wo es für die

Schweiz nützlich ist. Das beinhaltet auch, die Zusammenarbeit mit Frontex zu verstärken (z.B. Nutzung der organisierten Rückflüge) und Sanktionen für nicht-kooperative Herkunftsländer konsequent zu vollziehen (bspw. Visasanktionen oder Kürzung der «Entwicklungshilfen»)“.

Sanktionen für menschlichere Kantone:

Nicht alle Kantone setzen das Abschieberegime gleich rassistisch um. Das stört die FDP: „Kantone, die Wegweisungsentscheide nicht vollziehen wollen, sollen die vollen finanziellen Konsequenzen tragen“. Der Bund solle diesen weniger oder kein Geld mehr zukommen lassen.

Die Umsetzung dieser Forderungen wäre nicht nur menschenfeindlich, sondern auch illegal und verstösse gegen höheres Recht. Trotzdem stimmten an der FDP-Delegiertenversammlung alle für diese Forderungen, was auch Karin Keller-Sutter, FDP-Bundesrätin, erfreute. Die Forderungen seien im Interesse der Schweiz und sogar „im Interesse der Betroffenen“: „Sie sollen wissen, woran sie sind“.

Container, Zelte, Bunker: Unwürdige Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine

Auch ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn in der Ukraine tut sich die Schweiz schwer mit ausreichenden Unterbringungsmöglichkeiten. Hunderte Menschen sollen jetzt in Container- oder Zeltsiedlungen untergebracht werden. Als Dauerlösung sind diese inakzeptabel.

In der Stadt Basel soll eine Containersiedlung auf dem Erlenmattplatz ab dem kommenden Frühjahr 140 Wohnplätze zur Verfügung stellen. Bisher werden Menschen aus der Ukraine hauptsächlich in Wohnungen oder bei Gastfamilien untergebracht. Die aufnehmenden Familien erhalten eine finanzielle Nebenkostenunterstützung, die soeben aufgestockt wurde. Zukünftig soll auf Containerunterkünften zurückgegriffen und damit vermieden werden, dass geflüchtete Menschen stattdessen in Zivilschutzanlagen untergebracht werden müssen.

Auch in Meggen sollen am Standort Gottlieben Container für die Unterbringung von

100 Menschen aus der Ukraine aufgestellt werden, da die Gemeinde bisher nicht genügend Unterbringungsplätze anbieten konnte und eine Ersatzabgabe zahlen musste. Gegen die Containersiedlung sind 14 Einsprachen eingegangen, unter anderem von der SVP. Der örtliche SVP-Kantonsrat Thomas Schärli hatet gegenüber den Medien: «Meggen ist ein spezielles Volk. Man will nicht, dass Menschen aus ärmeren Verhältnissen hierherkommen.» Selbst für die SVP schäbig, hier gleich gegen Migrant*innen und arme Menschen in einem Satz zu hetzen. Natürlich sei das nur ein Missverständnis: Eigentlich wollte er sagen, es könne ja schwierig für diese

Basel setzt auf Wohncontainer.





Blick in die Zeltstadt in Seewen.

Menschen in beengten Containerunterkünften sein, den Platz und Reichtum ringsum zu sehen. Aber auch dafür gibt es einen Lösungsvorschlag: Die geflüchteten Personen aus der Ukraine sollen in unterirdischen Zivilschutzbunkern untergebracht werden. Unser Gegenvorschlag: SVP-Vertreter*innen und -sympathisant*innen raus aus Meggen, dann ist richtig viel Platz in den Villen für Menschen, die jetzt Wohnraum benötigen.

Auch in Schwyz ist man auf der Suche nach schnellen und günstigen Unterbringungsmöglichkeiten und setzt nun in Seewen auf eine Zeltstadt. In einer grossen Halle wurden Zelte zur Unterbringung von bis zu 140 Menschen aus der Ukraine aufgestellt. Damit will der Kanton die Gemeinden entlasten, deren Unterbringungsmöglichkeiten beinahe ausgeschöpft seien. Privatsphäre ist dort kaum zu finden. Stattdessen Festhallen-Flair im Gemeinschaftsraum und Pfadi-Atmosphäre in den spartanisch eingerichteten Zelten: Zwei Stockbetten, ein Tisch und ein Spind

für jede Person.

Was braucht es für eine menschenwürdige Unterbringung? Genügt ein (Zelt-) Dach über dem Kopf, um Menschen ein Ankommen zu ermöglichen? Haben die Kantone und Gemeinden keine anderen Optionen? Im Umgang mit den Menschen aus der Ukraine wurde zwar schon mehr ermöglicht, als dies bei der Unterbringung von Geflüchteten sonst der Fall ist. Die privaten Unterbringungen wurden vielerorts unterstützt statt blockiert. Die Menschen werden weniger isoliert und über einige ihrer Bedürfnisse wird zumindest öffentlich diskutiert. So gab es beispielsweise zuvor nie eine Debatte darüber, ob Schiessübungen neben Geflüchtetenunterkünften retraumatisierend sein könnten. Dennoch dürfen wir uns sicher nicht an nun wieder sinkende Standards gewöhnen. Das gesamte gewaltvolle und isolierende Lagersystem in der Schweiz ist menschenverachtend. Und eine Ausweitung dieses Systems auf Container- und Zeltsiedlungen ist inakzeptabel, wenn diese zur Dauerlösung werden.

Systematische Abschottung und Abschreckung an Europas Grenzen: Versuch eines Überblicks

Während Fluchtbewegungen zunehmen, nimmt vor allem die Aufrüstung gegen Menschen auf der Flucht zu. Umfassende unterstützende Massnahmen bleiben aus und Aktivist*innen und Organisationen überlassen.

Die momentane Situation an den europäischen Aussengrenzen und an innereuropäischen Grenzen zeigt strukturelle Ähnlichkeiten auf: die Überfahrten und Überquerungen nehmen zu. Auf dem Ärmelkanal zwischen Frankreich und Grossbritannien, bevor das neue verschärfte Asylgesetz in Grossbritannien in Kraft tritt. An den Grenzen zwischen Belarus und Litauen und Lettland, an denen der belarussische Diktator Lukaschenko initiiert, dass weiterhin Menschen auf der Flucht mit Bussen an die Grenze gekarrt werden. In Lampedusa, wo Menschen die Fahrt über das Mittelmeer gewagt haben, und die Lager heillos überfüllt sind. An der Grenze zwischen Frankreich und Italien, wo Unter-

stützer*innen in z.B. Ventimiglia, von 400 Mahlzeiten am Tag berichten, die sie an geflüchtete Menschen verteilen. Diese Fluchtbewegungen kommen nicht von ungefähr. Immer noch fliehen Menschen aus Afghanistan oder fliehen weiter, nachdem sie vorerst in Nachbarländern Schutz gesucht haben. (Die Situation seit der Machtübernahme der Taliban vgl. anti-ra-Wochenschau) Auch aus Syrien fliehen weiterhin Menschen nach jahrelangem Bürgerkrieg. Aus Eritrea, dem Irak, Kurdistan, dem Sudan, Mali, Nigeria, Kamerun und Somalia fliehen Menschen vor Bürgerkrieg und Verfolgung oder vor Dürre und Hunger: Folgen des Klimawandels und auch des Ukrainekriegs, da 10 bis 15% der

Grenze zwischen Lettland und Belarus



Weltbevölkerung mit ukrainischem Weizen beliefert wurden. Diese Fluchtbewegungen sind und waren also vorauszusehen. Aber wie sieht es aus mit dem Ausbau des Asylsystems? Wie sieht es aus mit staatlicher Seenotrettung, mit dem Bau von Camps, mit der Entlastung von Ankunftsändern, mit der Erleichterung der bürokratischen Vorgänge? Es ist ein Paradox: Je mehr Menschen kommen, desto weniger wird für sie getan.

Denn auch die Reaktionen der europäischen Regierungen haben Struktur: Hunderte Millionen Euro werden für Grenzzäune und Kameraüberwachung verwendet, für bewaffnete Grenzbeamt*innen und High Tech-Geräte. Es werden Sonderzonen eingerichtet, deren Betätigung immer wieder verlängert wird. Erst letzte Woche wurde dies in Lettland wieder getan. In diesen Zonen kann der Schutz von Menschen auf der Flucht nicht gewährleistet werden. Sie sind ein rechtliches Niemandsland, in das weder Presse noch Hilfsorganisationen Zugang haben und in dem Grenzpatrouillen systematisch die Menschen, welche die Grenze überquert haben, zurückdrängen. Das Recht auf Asyl wird praktisch abgeschafft und niemanden kümmert es. Und selbst wenn diese Sonderzonen, wie z.B. in Polen oder Litauen von verschiedenen Gerichten als rechtswidrig erklärt werden, werden diese Entscheide ignoriert. Auch das eine Entwicklung, die Überhand nimmt. Entweder werden brutale und illegale Vorgehensweisen geleugnet und dementiert, obwohl sie offensichtlich passieren. Oder sie werden trotz Rechtswidrigkeit durchgeführt und es wird nicht einmal mehr versucht, sie zu vertuschen

oder sie werden sogar stolz kommentiert. Denn das Thema Asylpolitik wird vor allem von Politiker*innen instrumentalisiert, um Wahlkampf zu betreiben. Traurig, dass damit überhaupt Menschenmassen mobilisiert werden können. Aber so wird also rechte Hetze betrieben und unrealistische und menschenverachtende Wahlversprechen gegeben. Ob in Grossbritannien, Frankreich, Italien, Ungarn, Österreich, Dänemark oder neuerdings in der Türkei: es wird mit Versprechungen um sich geworfen, den Anteil eingewanderter oder geflüchteter Menschen im Land zu reduzieren.

Das Krasse, das gerade hinter den neuesten Aussagen von türkischen Politiker*innen im Wahlkampf steckt: sie kassierten über Jahre Milliarden von Geldern, um Menschen auf ihrem Weg nach Europa zurückzuzuhalten und nun führen sie politische Hetzkampagnen gegen diese Menschen und versprechen, sie wieder zu vertreiben.

Schlimmer noch: die türkische Regierung startete einen Angriffskrieg auf Rojava und zieht in den besetzten Gebieten Siedlungen hoch, um andere geflüchtete Menschen gewaltvoll und gegen ihren Willen aus ihren eigentlichen Wohnungen in der Türkei in die besetzten Gebiete umzusiedeln. So werden Kriegsführung und Wahlkampf in einem betrieben.

Auch sämtliche Erzählungen, die von europäischen Politiker*innen benutzt werden, sind immer gleich und entziehen sie jeglicher Verantwortung: von bösen „Schmugglern“ ist die Rede, von bösen „Wirtschaftsflüchtlingen“, von illegaler oder irregulärer Einwanderung.

Die Zustände in den Asyllagern und an den

*Fortsetzung von: Systematische
Abschottung und Abschreckung an Europas
Grenzen: Versuch eines Überblicks*

Grenzen werden zur Abschreckung genutzt:

- In Polen, in das seit dem 1. August im Zuge der Dublin-Verordnung wieder abgeschoben werden darf, herrschen horrende Bedingungen in den Asylslagern, die mehr Haftanstalten sind als Lager. Über Monate werden Menschen auf engstem Raum eingesperrt. Teilweise über zwei Jahre auf zwei Quadratmetern. Das Asylverfahren findet per Videoanruf statt, ohne Übersetzer*innen. Es gibt keinerlei rechtliche Beratung, kaum medizinische Betreuung und unabhängige Psycholog*innen dürfen die Haftzentren nicht betreten. Es sind mehrere Fälle von physischer Gewaltanwendung bekannt: Menschen wurden isoliert und fixiert. Auch werden ihnen die Wertsachen und ihre Handys abgenommen, sodass sie kaum Kontakt zur Aussenwelt haben.
- An der Grenze zwischen Serbien und Ungarn werden systematisch brutale Push-Backs durchgeführt. Die Gewaltanwendung der Grenzbeamt*innen wurde in einem neuen Bericht von „Ärzte ohne Grenzen“ aufgezeigt. Über 400 Menschen, darunter auch Kinder, wurden im letzten Jahr wegen schwerer Prellungen, tiefer Wunden und Schnitte, Verrenkungen und Brüchen behandelt. Menschen werden ohne Nahrung und Wasser in Container eingesperrt, ihnen wird Pfefferspray in die Augen gesprüht. Sie werden schikaniert und gedemütigt, rassistisch beleidigt. Wenn die ungarischen Behörden darüber in Kenntnis gesetzt werden, wird behauptet, sie hätten nichts dergleichen feststellen können und die

Schikane geht weiter. „Il Bo Live“ schreibt, die ungarische Grenzpolizei bestünde aus ca. 4.000 schlecht bezahlten und gut bewaffneten Männern: eine Kombination die in der Regel zu Problemen führe. Laut der Zeug*innenaussagen in dem Bericht von „Ärzte ohne Grenzen“ handelt es sich um eine systematische und organisierte „Demontagekette“, um die Menschen von den Grenzübertritten abzuschrecken. Und trotz all dieser Grausamkeiten, trotz aller lebensbedrohlicher Maßnahmen, die an den Grenzen systematisch eingesetzt werden, kommen weiterhin Menschen. Warum wollen politische Entscheidungsträger*innen nicht lernen? Warum nehmen sie in Kauf, dass die Menschen stattdessen auf immer gefährlichere Routen und Methoden ausweichen? Gerade letzte Woche überschlug sich ein Lastwagen in Österreich mit 20 geflüchteten Menschen, drei von ihnen starben und viele wurden schwer verletzt. Die Not der Menschen, die sie aus ihren Herkunftsländern fliehen lässt und die immer weiter verschärften rechtlichen Bedingungen in den Ankunftsändern führen genau dazu, und dass sich die Menschen z.B. anstatt über das hoch-überwachte Mittelmeer, auf die noch gefährlichere Überfahrt über den Atlantik begeben. Oder dass sie die Mauer zwischen Belarus und Polen durch das noch gefährlichere Sumpfgebiet umgehen. Denn an der Not der Menschen ändert sich nichts, nur an den immer gefährlicheren Bedingungen, die sie in Kauf nehmen. Die immer weiter fortschreitende, rechte politische Agenda muss sich ändern: Die Aufrüstung gegen Menschen auf der Flucht muss ein Ende nehmen!

Illegale Push-Backs in der Evros-Region: Ablenkung vom Wesentlichen

Wegen der jüngsten Vorfälle in der Evros-Region an der Grenze zur Türkei ist die griechische Regierung erneut ins internationale Rampenlicht gerückt, nachdem eine Gruppe von Schutzsuchenden über Wochen zwischen der Türkei und Griechenland hin und her geschoben wurde. Nun kündigte der griechische Migrationsminister Notis Mitarakis an, dass der bisher gut 40 Kilometer lange Grenzzaun entlang des Grenzflusses Evros im Nordosten des Landes über die gesamte Länge der Grenze ausgebaut werden soll. Dafür hat Griechenland bei der EU um Finanzierungshilfe angefragt. Brüssel zeigt aber bisher wenig Bereitschaft sich an den Kosten zu beteiligen. Dies hängt unter anderem mit den laufenden Untersuchungen in Bezug auf mögliche Menschenrechtsverletzungen Seitens Griechenland zusammen. Um das Fiasko mit der verzögerten „Rettung“ der 38 Geflüchteten zu vertuschen und die Notwendigkeit der Aufrüstung zu legitimieren, greift der griechische Staat einmal mehr auf vielfältige Inszenierungs- und Ablenkungsstrategien zurück.

Beitrag vom 29.08.22

Am griechisch-türkischen Grenzfluss Evros droht sich die Lage von Menschen, welche gezwungen sind in die EU zu flüchten, weiter zuzuspitzen. Während die griechischen Behörden systematisch Push-Backs praktizieren, wirft Athen der Türkei vor, Menschen in griechisches Hoheitsgebiet vorwärts zu drängen. Unabhängig überprüfbar ist das nicht, denn Athen hat das Evros-Gebiet schon vor geraumer Zeit zur militärischen Sperrzone erklärt.

Als Erdogan 2020 verkündete, dass die Türkei niemanden mehr daran hindern werde, in die EU zu gelangen und sich daher viele Menschen in Not auf den Weg an die griechisch-türkische Grenze machten um in der EU Asyl zu beantragen, wurden sie –

unter anderem mit der absurden Behauptung, dass die Türkei ein sicherer Drittstaat für Geflüchtete sei – daran gehindert. Auf die erhöhte Bewegung reagierte die griechische Regierung – mit vollumfänglicher moralischer und finanzieller Unterstützung der EU – mit Gewalt und Aufrüstung. Die Grenze wurde zu einer hochmilitarisierten Sicherheitszone ausgebaut, welche mit modernster Überwachungstechnologie ausgestattet ist. Unter diesen Umständen scheint es denn auch mehr als fragwürdig, dass die betreffende Gruppe bei den jüngsten Ereignissen am Evros, laut Aussagen der zuständigen griechischen Behörden, nicht ausfindig gemacht werden konnte. Was sich 2020 ereignet hat, scheint sich nun zu wiederholen. Die Logik bei der ein erhöhtes Aufkommen von Flucht-Bewe

Fortsetzung von: Illegale Push-Backs in der Evros-Region: Ablenkung vom Wesentlichen

gungen an einem bestimmten Ort zwangsläufig zu erhöhter Aufrüstung und Absicherung führt, ist symptomatisch für die Logik mit der das europäische Grenzsystem ihre widerwärtige Politik betreibt. Trotz des Ausbaus und der Verstärkung des Zauns, der massiv erhöhten Präsenz von Frontex, der exorbitanten Summen, die für die Lieferung von militärischer Überwachungs-ausrüstung ausgegeben wurde und trotz der hochtrabenden Worte der Machthabenden bei ihren inszenierten Besuchen an der Grenze, ändert sich nichts an der gesellschaftspolitischen Machtstruktur, welche den eigentlichen Ursprung des Konflikts darstellt.

Sowohl der Minister für Einwanderung und Asyl, Notis Mitarakis, als auch der Minister für Bürgerschutz, Takis Theodorikakos, sowie fast alle regierungsnahen Medien setzen erneut auf die Strategie der Spannung, indem sie Menschen auf der Flucht entweder als „Eindringlinge“ oder als „Handlanger“ der Türkei, in jedem Fall aber als Bedrohung der territorialen Integrität darstellen. Sowohl während die Gruppe auf der Insel festsass, als auch nachdem es ihnen gelang, sich aus der prekären Situation zu befreien, fällt auf, dass das Narrativ, welchem die Verantwortlichen in mantrahafter Manier folgen, sich fast ausschliesslich auf territoriale An- oder Absprüche bezieht. Die Instrumentalisierung der Menschen geht von beiden Seiten aus, sie unterscheidet sich lediglich in der Form. Durch

diesen „rhetorischen Trick“ gerät die eigentliche Debatte – nämlich dass es sich bei den Push-backs um eine illegale Praxis handelt – völlig ausser Acht.

Nahezu alle Auseinandersetzungen zwischen Athen und Ankara der vergangenen hundert Jahre fassen auf unterschiedlichen Besitzansprüchen. So geht es im Kern der kulturellen, territorialen oder gar kulinarischen Interessenskonflikte um Verteilungsfragen und in diesem Sinne um Machtansprüche zweier Staaten, welche historisch aufs engste miteinander verwoben sind. Im jungen Griechenland findet die Herleitung einer neuen nationalen Identität über die dezidierte Ablehnung der osmanischen Vergangenheit statt. Um die Herstellung und Sicherung dieser „neuen Identität“ zu gewährleisten, wiederholt die liberal-konservative Regierung unter der Führung Mitsotakis unaufhörlich das Narrativ unter welchem die nationale Sicherheit Griechenlands in Gefahr ist. Der Vorwurf der Instrumentalisierung von Geflüchteten Seitens der Türkei ist essentieller Bestandteil dieser Erzählung. In anderer Hinsicht setzt Mitarakis seine Taktik fort, sich einen internen Feind zu schaffen, indem er versucht, die Verantwortung der Regierung für die internationale Verunglimpfung des Landes auf andere abzuwälzen.

In einer Erklärung seines Pressebüros beschuldigte er zwei SYRIZA-Europaabgeordnete, sie würden im Sinn ausländischer Propaganda gegen das eigene Land agieren und dass sie sich mit ihrer Anfrage an die Europäische Kommission zum Fall der 38 Menschen am Evros „leider dafür ent-



schieden haben, unser Land im Ausland zu diskreditieren“ und dass „sie zum x-ten Mal mit dem Finger auf unser Land zeigen und seine internationale Glaubwürdigkeit dauerhaft untergraben“.

Menschen auf der Flucht werden so zu Zwecken der nationalen (und partikularen) Identitätssicherung instrumentalisiert, welche Teil innenpolitischer Regierungskämpfe sind. Um Menschen als Bedrohung der nationalen Sicherheit zu inszenieren, müssen sie zwangsläufig entmenschlicht werden. Durch die Verwendung von kriegsnahen oder identischen Begriffen und Praxen findet eine Normalisierung der Entmenschlichung statt. Dieser Prozess wirkt auf die Gesellschaft ein und drückt sich in Form der öffentlichen Meinung aus – welche Ausdruck der Internalisierung der Kultur der Herrschenden ist.

Die Stimmen der Geflüchteten der betreffenden Gruppe waren für die griechischen

Behörden einen Monat lang unhörbar. Nun werden die selben Behörden zu ihrem Sprachrohr. So betont Mitarakis nach einem Treffen mit den Geflüchteten, dass aus ihren Aussagen hervorgehe, dass sie vom türkischen Ufer des Flusses kamen und von den türkischen Behörden auf die Insel gedrängt wurden. Die türkischen Behörden hätten die Migrant*innen innerhalb der Türkei festgenommen und ihnen nicht das Recht eingeräumt, internationalen Schutz zu beantragen, wozu die Türkei nach internationalem Recht verpflichtet sei.

Mitarakis blüht in seiner Rolle als Retter, in der er sich als Hüter der Menschenrechte inszeniert, förmlich auf. Dass die Vorwürfe, die er dem türkischen Staat macht, geradezu identisch sind mit denjenigen, die ihm selbst vorgeworfen werden, scheint ihn in seiner Erklärungsnot – welche zunehmend groteske Züge annimmt – nicht zu verunsichern.

Griechenland:

Media-Farce über Push-Backs in Evros-Region

Eine Gruppe von mehrheitlich syrischen Geflüchteten wurde letzten Monat über Wochen zwischen Griechenland und der Türkei vor- und zurückgeschoben. Niemand übernahm die Verantwortung. Als die Gruppe auf einer Insel im Evros festsass, beweisen beide Staaten erneut exemplarisch, dass die von ihnen praktizierte Politik über Leichen geht.

Beitrag vom 05.09.22

Der geopolitische Machtkampf, bei dem wohl das erste Mal in der griechisch-türkischen Geschichte beide Parteien ihre territorialen Besitzansprüche zu Gunsten ihrer hasserfüllten Politik dementierten und bei dem mindestens vier Menschen gestorben sind, hat international für Schlagzeilen gesorgt. Der „Fall“, dessen Berichterstattung und die Aufarbeitung erzeugt Nachwirkungen, welche allesamt Auswüchse eines autoritären EU-Sicherheitsregimes darstellen. Im Scheinwerferlicht der Ereignisse fallen Schatten. Je mehr die griechische Regierung jedoch versucht, das vermeintlich Unsichtbare zu vertuschen, desto mehr verstrickt sie sich im Wirrwarr der Unwahrheiten und richtet den Scheinwerfer damit wieder auf sich Selbst. Eines der Symptome, welches als sicht- und erfahrbares Zeichen auf die innere Logik des europäischen Grenzregimes verweist, findet seinen Ausdruck auf medienrechtlicher Ebene des Symptom-Geflechts. Vor dem Hintergrund der griechischen Asylpolitik, von welcher die Menschen auf der Flucht immer am härtesten getroffen sind, wiederholen sich die kläglichen Verteidigungsversuche der griechischen Regierung, welche

auf Kritik ordnungsgemäss mit Angriffswut reagiert.

Bei einer Anhörung im griechischen Parlament, bei welcher Premierminister Mitsotakis zu dem „Fall“ befragt wurde, stellte dieser spöttisch infrage, ob das Mädchen, welches auf der Insel gestorben ist, wirklich Maria heisse und äusserte dadurch indirekt Zweifel an ihrem Tod. Er griff dabei auf die Rhetorik rechtsextremer Hasskommentator*innen zurück, welche Verschwörungstheorien im Netz verbreiten. Diese erschaffen das Klima der vermeintlichen Bedrohung mit und liefern so der hasserfüllten Ideologie, welche rechtem Gedankengut zu Grunde liegt, die „Argumente“. Bezeichnenderweise versuchte der Premierminister in seiner Rede vor dem Parlament, das Abhören von 15'000 Telefonen aus Gründen der nationalen Sicherheit mit der „hybriden Bedrohung“ in Verbindung zu bringen, der sich das Land angeblich durch die Türkei ausgesetzt sieht. Während die Staatsanwaltschaft noch untersucht, greift Mitarakis mit Ankündigungen und Leaks in der regierungsnahen Presse dem Ergebnis vor und stellt die Schilderungen und die daraus hervorgehenden Vorwürfe der Opfer infrage. Doch die Täter-Opfer-Umkehr, welche von der griechischen Re-

gierung mit allen Mitteln und auf allen der Meinungsbildung betreffenden Ebenen betrieben wird, bleibt nicht ohne (Re-)Aktionen.

Denn sowohl die Regierung, als auch die regierungsnahen Medien wurden durch einen ausführlichen Bericht des deutschen Magazins Spiegel widerlegt, in dem die Fakten über die kriminelle Gewalt seitens der griechischen und türkischen Behörden genaustens dokumentiert wurden. Dem Journalist (und Übersetzer) George Christides gelang es, sich Zutritt zu dem Aufnahme- und Identifizierungszentrum zu verschaffen, in welchem sich die Betroffenen zur Zeit aufhalten müssen. Er traf sich mit den Geflüchteten, wobei er auch mit den Eltern und Geschwistern der toten Maria gesprochen hat. Daraufhin betonte er in den sozialen Medien, dass die Existenz von Maria und ihrer Familie von anderen Geflüchteten, mit denen er sprach, bestätigt wurde. Er werde nicht auf diese grausame und abstossende Diskussion zurückkommen. Wenn die Regierung oder jemand anderes es für richtig halte, sollten sie dies tun und sie sollten dafür verurteilt werden. Daraufhin formierte sich ein Bündnis, welches sich aus der Regierung, regierungsnahen Medien und vernetzten rechten Individuen zusammensetzt. Eine Hetzkampagne brach aus. Christides wird als «deutscher Spion» beschimpft, der die nationale Sicherheit bedrohe.

Die Regierung reagierte mit einem ihrer bekannten Angriffe auf Journalist*innen angesehener ausländischer Medien, die die Politik der Regierung in Frage stellen. In einer Erklärung versucht das Einwanderungsministerium, dem Spiegel eine ethi-

sche Lektion zu erteilen und kündigt an, rechtliche Schritte einzuleiten. Es behauptet, dass sich Christides als Mitglied einer Organisation Zugang zum Camp verschafft hat, dass aber zu ihrer Delegation „ein ausländischer Medienkorrespondent gehörte, der einen irreführenden Antrag auf Einreise als Übersetzer gestellt hat“. Und sie stellt fest, dass „die Regeln der journalistischen Ethik und der Vertraulichkeit, wie sie in den allgemeinen Regeln für den Betrieb der Unterbringungseinrichtungen festgelegt sind, in geringem Maße verletzt wurden“, und dass „der betreffende Journalist sich bewusst dafür entschieden hat, die griechischen Behörden zu verspotten“.

Durch eine Gesetzesänderung, welche im Schatten der objektiven Bedrohung der Corona-Pandemie im griechischen Parlament – in dem die rechts-konservative Partei Nea Demokratia die Mehrheit ausmacht – verabschiedet wurde, steht die Verbreitung von Falschinformationen („Fake News“) in Griechenland unter Strafe. Die Verbreitung von Falschinformationen, die „geeignet sind, die Öffentlichkeit zu beunruhigen, zu verängstigen oder das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Volkswirtschaft, die Verteidigungsfähigkeit des Landes, oder die öffentliche Gesundheit zu untergraben“ steht damit unter Strafe. Verstöße werden mit mindestens drei Monaten Haft und einer Geldstrafe geahndet. Bei wiederholter Verbreitung „durch die Presse oder das Internet“, sind mindestens sechs Monate Gefängnis und eine Geldstrafe vorgesehen. Die Höchststrafe beträgt fünf Jahre Haft. Auch Herausgeber*innen oder Eigentümer*innen von Medienunternehmen sollen bestraft



Fortsetzung von: Media-Farce über Push-Backs in Evros-Region

werden können.

Welcher Inhalt von wem in welchem Kontext als wahr oder falsch bewertet wird, steht dabei jedoch in kausaler Beziehung zur Motivation des Entscheidungsträgers. Diese steht wiederum in engster Verbindung mit dem zu erzielenden Zweck, von welchem die Bewertung zwangsläufig beeinflusst ist. Aus einer machtkritischen Perspektive betrachtet ist das Gesetz ein Paradebeispiel, wie sich die Bourgeoisie – welche im Besitz der Deutungshoheit ist – auf juristischer Ebene Macht verschafft. Mit Deutungshoheit bezeichnet man das von einer Person oder Institution beanspruchte Recht oder die Macht, etwas allein und mit allumfassender Gültigkeit deuten und damit (be-)werten zu können oder zu dürfen. Treffen im Diskurs über eine Definition verschiedene Aussagen aufeinander – wie es in einer kapitalistischen Gesellschaft wie der Unseren, in der es Unterdrückte und Unterdrückende gibt zweifellos der Fall ist – entscheidet die

Deutungshoheit über deren endgültige Deutung. Die Voraussetzung für die Akzeptanz der Deutung impliziert eine den Entscheidungsträger*innen innewohnende Autorität.

Vor dem Hintergrund der Gesetzesänderung, welche eine Bedrohung für die Meinungs- und Pressefreiheit darstellt, spielen sich im Zuge der Aufarbeitung des „Falls“ Szenen ab, in welchen die Funktionär*innen des europäischen Grenzregimes sich an den Mitteln jenes autoritären türkischen Regimes bedienen, von welchem sie vehement behaupten, bedroht zu sein. Die europäischen Werte, welche durch die Migrationsbewegung anscheinend bedroht sind, offenbaren sich einmal mehr als Farce, indem der Opportunismus der Herrschenden ein derart hohes Level an Sarkasmus erreicht, welches bezeichnend ist für die Tatsache, dass die europäischen Werte zu jedem Zeitpunkt in der Geschichte lediglich dafür benutzt wurden um zu vertuschen, dass der Wohlstand der Herrschenden auf der Ausbeutung der von ihnen konstruierten „Anderen“ beruht.

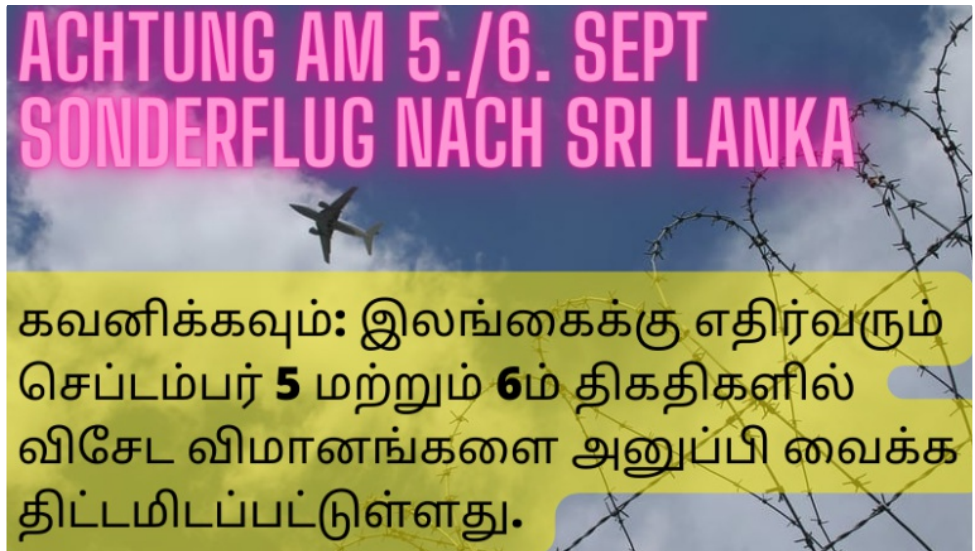
Achtung: Sonderflug nach Sri Lanka am 5. oder 6. September geplant

Unsere Quelle ist vertrauenswürdig, doch wir wissen es nicht zu 100%. Trotzdem: Passt auf einander auf, teilt diese Information und leistet Widerstand gegen Ausschaffungen. Sri Lanka ist kein sicherer Staat. Ausschaffungen sind postkoloniale Folter. Die Verantwortung tragen Bundesrätin Karin Keller Suter (KKS), das Staatssekretariat für Migration (SEM), die kantonale Migrationsbehörden, das Regime in Sri Lanka und vermutlich Frontex.

Das Migrant Solidarity Network fordert:
(1) Der Sonderflug darf nicht abheben; (2) Ausschaffungen nach Sri Lanka müssen enden. (3) Das Migrationsabkommen mit dem Regime muss aufgehoben werden.
In Sri Lanka ist die Lage katastrophal. Seit der Wahl von Präsident Gotabaya Rajapaksa im November 2019 spitzen sich die Zustände in Sri Lanka rasant zu. Menschenrechte und Grundrechte werden grob missachtet. Das Regime ist unmenschlich, diskriminiert und unterdrückt. Die Wirtschaft liegt am Boden. Die humanitäre Lage ist angespannt. Die jüngsten Proteste gegen das Regime wurden mit Gewalt niedergeschlagen. Neue Notstandsgesetze räumen der Polizei fast unbegrenzt Macht ein. Das Regime setzt Gewalt gegen Minderheiten, TINFA, Aktivist*innen und kritische Stimmen ein. Es beruft sich auf ein Anti-Terror-Gesetz um zu diskriminieren, verfolgen oder wegzusperren.
Nachdem es die betroffenen Menschen seit langem sagen, NGOs und QGOs es wiederholt schreiben, unterzeichneten letztes Jahr

22 Staaten eine UNO-Resolution gegen das Regime. Darin fordern sie dringend Verbesserungen in Bezug auf die systematisch vom Regime verübten Menschenrechtsverletzungen. Zudem hält Michelle Bachelet, die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, in ihrem vernichtenden Bericht fest, dass „Systeme, Strukturen und Politiken, die in der Vergangenheit zu schweren Verstössen geführt haben, weiterhin bestehen“, ja sogar verstärkt worden seien.

Die Schweiz unterstützt die UNO-Resolution, schiebt aber weiterhin ab. Im UNO-Menschenrechtsrat zeigte sich die schweizer Vertretung „tief besorgt über die Straflosigkeit schwerer Menschenrechtsverletzungen“ in Sri Lanka. Trotzdem wurden allein dieses Jahr bereits 27 Personen gewaltsam aus der Schweiz nach Sri Lanka abgeschoben. Karin Keller Suter, das Staatssekretariat für Migration und die kantonalen Migrationsbehörden wollen also nichts von einem Abschiebestopp hören. Seit 2016 werden Abschiebungen sogar durch ein Migrationsabkommen erleichtert.



*Fortsetzung von:
Achtung: Sonderflug
nach Sri Lanka am 5.
oder 6. September
geplant*

Unterschrieben hat den Abschiebendeal die damalige SP-Bundesrätin Sommaruga. Dabei wurden nur drei Jahre zuvor zwei Tami- len nach ihrer Abschiebung vom Regime brutal gefoltert. Seitdem KKS das SEM übernommen hat, hat sich die Menschen

rechtslage in Sri Lanka nochmals drastisch verschlechtert. Von einem Abschiebestopp ist dennoch nicht die Rede. Kaltblütig: KKS, SEM und die kantonalen Migrati- onsbehörden nehmen das Folterrisiko für abgeschobene Personen in Kauf.

Wo gabs Widerstand?

Abgesagt: Propagandaveranstaltung des eritreischen Regimes

Als sogenannte „Kulturfestivals“ getarnt, versuchten Anhänger*innen des Regime von Präsident Isaias Afewerki die Mitglieder der Diaspora mit relativ bekannten Bands anzulocken. Ein vergleichbarer Anlass derselben Organisator*innen zeigte dann, dass am Festival nicht Musik zu hören war, sondern dass die politischen Botschaften von Krieg und Hass des Regimes verbreiten wurden. Am 27. August 2022 hätte die

Veranstaltung irgendwo im Kanton Bern stattfinden sollen. Der Ort blieb unklar, doch aufgrund des Drucks einer Petition und vor allem aufgrund der Mobilisierung der Oppositionsaktivist*innen wurde der Anlass abgesagt.

Petition: „Keine Feier für das eritreische Unrechtsregime“

<https://act.campax.org/petitions/keine-feier-fur-eritreisches-unrechts-regime-in-der-schweiz?>

Luzern: Absage der „Wohlfühl Tage“ gefordert

Die Gruppe RESolut veröffentlichte eine Recherche darüber, wer und was hinter den sogenannten «Wohlfühl Tagen» steckt. Diese finden vom 1. bis 4. September in Luzern statt. „Die Wohlfühl Tage haben ihren Namen nicht verdient. Passender wäre der Name Abzocker*innen Tage“, schreibt RESolut. „Viele der Referent*innen bieten Heilung durch übersinnliche Kräfte oder Kontakt zu diesen an und ködern so verzweifelte Personen, die oft ohnehin schon nicht viel Geld haben“. In der Tat fällt auf, dass wer an der Messe auftritt, dies nicht nur aus purer Nächstenliebe zu tun scheint. Die Preise, um die „Welten voller Licht und Heilung zu entdecken und erfahren“ sind kapitalistisch hoch. Und es fällt auf, dass Esoterik und braune Kreise die gegenseitige Nähe nicht scheuen.

Zu den Vorwürfen nehmen Marco Rossi und die anderen Organisator*innen inhaltlich keine Stellung: „In der Schweiz gilt die Meinungsfreiheit, also darf auch RESolut sagen und denken was sie will“ heisst es auf deren Website lediglich. Die von RESolut an die Luzerner Messe gerichtete Forderung, ihre Hallen nicht zur Verfügung zu stellen, blieb bisher unerfüllt.

Zu den Gästen gehören u.a. Patric Pedrazzoli, der auf seiner Website verspricht: „Von mir behandelte Menschen erlebten Heilung von Parkinson und Krebs, Blinde konnten wieder sehen“, Verschwörungstheoretiker Daniele Ganser, der Interviews im Compact gibt, einem bedeutsamen Journal der „Neuen Rechten“ oder Peter Fitzek,

der selbsternannten „König von Deutschland“, der die rechten „Reichsbürger“ anführt und während der Corona-Proteste zusammen mit Nazis versuchte, in Deutschland den Bundestag zu stürmen. An sich besteht zwischen Faschismus und Esoterik – verstanden als die Suche nach nicht direkt zugänglichen Wegen zur Erkenntnis – kein fester oder zwingender Zusammenhang. Warum diese Nähe zwischen Esoterik und Rechtsbraun? In der Esoterik wird (1) meist von einer reinen höheren Kraft oder Wahrheit ausgegangen. Diese durchzieht alles, hält es zusammen und be-

Bild: Zu Gast an den Wohlfühltagen ist u.a. Patric Pedrazzoli.

Bereits durfte ich tausende von Menschen behandeln und dabei kleine und grosse Wunder erleben. Chronische Krankheiten wurden stark gelindert oder verschwanden sogar vollständig. Von mir behandelte Menschen erlebten Heilung von Parkinson und Krebs, Blinde konnten wieder sehen und chronische Schmerzen sowie Depressionen und Burnouts verschwanden.

Fortsetzung von: Luzern: Absage der „Wohlfühl Tage“ gefordert

herrscht es. (2) Zugang und Wissen über diese verborgene Überwelt bieten sich in der Esoterik weniger durch rationales dialektisches Denken oder kritische dekonstruktive Analyse sondern über Erfahrung und Erleuchtung. Eine weitere Annahme der Esoterik ist, dass Menschen (3) eine spirituelle Evolution durchlaufen sollten, um besser, reifer, reiner, erleuchteter zu leben. Dadurch geraten Menschen in Hierarchien. Oftmals entstehen (4) starre bis autoritäre Meister*innen-Schüler*innen-Beziehungen zwischen einer erleuchteten berufenen Elite von Eingeweihten und anderen zurückgeblieben. Diese gilt es zu führen, zu schulen, einzuweihen. Das esoterische Denken und Argumentieren funktioniert (5) stark über Analogien und (6) Verweisen auf Legenden und Mythen. Analogien fördern starres Kategorisieren, was eine kritische neugierige offene Betrachtungsweise erschwert. Erklärungen

über Verweise auf Legenden und Mythen funktionieren oft ebenfalls über stereotypes Denken z.B. in Mustern von Freund*in-Feind*in, Gut-Böse, Richtig-Falsch. Diese charakteristischen Eigenschaften der Esoterik sind alle auch Einfallstore für menschenfeindliche Ideologien mit autoritären Beziehungsweisen wie Rassismus und Faschismus. Diese „funktionieren“ gleich. Unter dem Deckmantel esoterischer Lehren, Publikationen, Werbung, Privatseminaren, Predigten, politischen Theorien finden sich daher oft auch direkte oder in direkte Bezüge auf Nazi-Symbolik, christlichen Antijudaismus, Verschwörungstheorien usw.

„Die Wohlfühl-Tage sind ein einzigartiger Ort, wo Menschen auf dem Weg zu mehr Sinn und Sein im Leben zusammenkommen“ schreibt Abzockorganizer Rossi. Definitiv kommen dort aber auch enge Verbindungen zur rassistischen faschistischen und heterosexistischen Rechten zusammen.

Verein Tesoro fordert Aufarbeitung des Saisonierstatut

Um die dreissig Betroffene und Unterstützende haben im Herbst 2021 den Verein Tesoro gegründet. Dieser will eine Anerkennung der strukturellen Gewalt und des Leids erreichen, die hinter der Ausbeutung der Arbeiter*innen und der systematischen Verletzung ihrer Grundrechte stand. Ausserdem fordern sie eine tiefgehende Aufarbeitung. Diese ist bitter nötig, denn geändert hat sich in vielen Punkten leider bis heute nichts.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg kamen viele Menschen vor allem aus Südeuropa zum Arbeiten in die Schweiz. Diese

durften durch rassistische Gesetzesregelungen jedoch nur neun Monate am Stück bleiben. Sie konnten sich kein nachhaltiges

*"Nach wie vor leben ca. 100'000
Menschen ohne Papiere in der Schweiz, die
ohne Absicherung, Altersvorsorge und zu
einem geringen Lohn Arbeit leisten."*

Leben aufbauen, lebten häufig in Baracken, mussten ihre Familien, ihre Kinder zurücklassen. Oder die Kinder mussten versteckt leben, durften keinen Kontakt zu Gleichaltrigen haben, hatten keinen Zugang zu Schulbildung oder medizinischer Versorgung. Die offizielle Schweiz machte deutlich, dass die Menschen nur als Arbeitskräfte, nicht aber als Menschen in der Schweiz gewollt waren. Der Verein wirft der offiziellen Schweiz einen blinden Fleck vor. Sie solle Verantwortung übernehmen und nicht länger verdrängen, was von 1934 bis 2002 in der Schweiz unter dem Namen des Saisonierstatuts passiert ist. Des Weiteren stellen sie die Frage, wer die Profiteur*innen dieser Politik waren. Tesoro fordert nun eine offizielle Entschuldigung und eine finanzielle Entschädigung. Die auseinandergerissenen Familien können nicht wieder zusammen gesetzt werden, die erlittenen Traumata nicht rückgängig gemacht werden. Zudem fordern sie eine umfassende und überfällige historische und politische Aufarbeitung des Saisonierstatuts und seiner Folgen, damit sich diese Verhältnisse nicht wiederholen. Denn leider hat sich kaum etwas geändert: Nach wie vor werden Menschen nur als Arbeitskräfte gewollt, nicht

aber als ganze Menschen. Nach wie vor müssen Menschen um eine Aufhebung oder Zurückstufung ihrer Aufenthaltsgenehmigung fürchten, wenn sie in den Augen der Herrschenden nichts zum wirtschaftlichen System beitragen können und z.B. auf Sozialhilfe angewiesen sind. Nach wie vor ist der Familiennachzug für geflüchtete und migrierte Menschen äusserst schwierig. Asylsuchende können nicht bei ihren Verwandten leben oder werden im Asylsystem nicht einmal in den Kanton eingeteilt, in dem sie Verwandte haben. Nach wie vor leben ca. 100'000 Menschen ohne Papiere in der Schweiz, die ohne Absicherung, Altersvorsorge und zu einem geringen Lohn Arbeit leisten. Auch sie müssen sich verstecken und haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung und anderer grundlegender Infrastruktur. Nach wie vor werden Gesetzesentwürfe vorgelegt, die aus rassistischen Motiven für unterschiedliche Personenfreizügigkeit argumentieren (siehe Artikel zum FDP Migrationspapier). Teseros Vize-Präsident Egidio Stigliano sagt: «Was mit uns geschehen ist, darf sich nicht wiederholen.» Sorgen wir also dafür, dass sich nicht wiederholt, was bereits geschieht.

„Chaoten? Sachbeschädigung?“

Aktivist*innen stehen für Grundrechte ein

Am Central in Zürich wurde eine Filiale der Helsana-Versicherung mit dem Tag „Fuck Pro Life“ versehen.

Damit machen die Aktivist*innen auf den Deal aufmerksam, den die Versicherung mit dem christlich-fundamentalistischen Verein Pro Life eingegangen ist. Dieser Deal gibt allen Vereinsmitgliedern zehn Prozent Rabatt auf Zusatzversicherungen. Solange du Vereinsmitglied bist, versicherst du jedoch, keine Abtreibungen vorzunehmen. Rabatte für Abtreibungsgegner*innen? „WTF Helsana“, wie in dem Bekenner*innen-Schreiben steht.

FLINTAQ* (Frauen, Lesben, Inter, Nicht-Binär, Trans, Agender, Queer)-Hass und rechte Positionen gehen seit jeher Hand in

Hand. Deswegen müssen antirassistische und rassistuskritische Kämpfe auch immer feministisch sein. In den letzten Jahren findet zunehmend eine Diskursverschiebung statt, da sich rechte Positionen immer weiter rechts veräussern. So werden noch vor kurzem unvorstellbare Dinge auf einmal normalisiert. Und wo sich eine Position verschiebt, da sind auch andere gefährdet. Kaum wird z.B. Roe vs. Wade in den USA gekippt, stehen viele weitere Grundrechte auf dem Spiel. Wie die Aktivist*innen in ihrem Bekenner*innenschreiben gut in Worte fassen: Vo wege für's Lebe, Abtreibung ist ein Grundrecht!!

RABATT FÜR ABTREIBUNGSGEGNER*INNEN WTF HELSANA?

DIE HELSANA KRANKENKASSE ARBEITET MIT DER CHRISTLICH FUNDAMENTALISTISCHEN ANTI-ABTREIBUNGSORGANISATION "PRO LIFE SCHWEIZ" ZUSAMMEN.

ALS MITGLIED IM VEREIN "PRO LIFE" ERHALTEN MENSCHEN 10% RABATT AUF ZUSATZVERSICHERUNGEN BEI DER HELSANA - DAFÜR MÜSSEN SIE EINE SOGENANNT "FREIWILLIGE VERZICHTSERKLÄRUNG" UNTERZEICHNEN, IN WELCHER SIE SICH VERPFLICHTEN, NICHT ABZUTREIBEN.

**FINANZIELLE VORTEILE BEI EINEM VERZICHT AUF ABTREIBUNGEN?!
GAHTS NO?!**

UND DIE HELSANA MACHT MIT!!

"PRO LIFE" IST AUSSERDEM TEIL DES "MARSCH FÜR'S LÄBE", DER JÄHRLICHEN CHRISTLICH-RECHTSKONSERVATIVEN DEMONSTRATION GEGEN DAS RECHT AUF ABTREIBUNG, WELCHE AUCH AM 17. SEPTEMBER 2022 WIEDER IN ZÜRICH STATTFINDEN SOLL.

**VO WEGE FÜR'S LEBE!
ABTREIBUNG IST EIN GRUNDRECHT!!**

Die Staatsfeinde und ihre Kinder

Der Kanton St. Gallen hat eine Privatschule mit Verbindungen zur rechtsextremen Anastasia-Sekte bewilligt. Weitere Recherchen zeigen: Demokratiefeindliche Kreise drängen auch andernorts in die Bildung – und die Behörden schlafen.

<https://www.woz.ch/2234/privatschulen/die-staatsfeinde-und-ihre-kinder>

Autoritarismus : Von wegen Sonderfall

SVP-Vertreter:innen zeigen oft Sympathien für antidemokratische Regimes. Kein Wunder: Die Partei, die Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung predigt, ist durch und durch autoritär.

www.woz.ch/2235/autoritarismus/autoritarismus-von-wegen-sonderfall/%219E1MRMRM6225

«Die Polizei ist eine Art Fremdkörper in der Demokratie»

Die Polizei darf Gewalt ausüben, manchmal tötet sie sogar. Wer setzt ihr Grenzen? Strafrechtsprofessor Tobias Singelstein über die Erschiessung eines schwarzen Jugendlichen in Dortmund und darüber, wie eine ideale Polizei aussähe.

www.republik.ch/2022/08/30/die-polizei-ist-eine-art-fremdkoerper-in-der-demokratie

«Apropos» – der tägliche Podcast: Die unheimliche Parallelwelt der Frauenhasser im Netz

Andrew Tate verherrlicht Gewalt gegen Frauen. Damit wurde er zu einem Social-Media-Phänomen, bevor Tiktok und Co. ihn sperrten. Warum bringt Misogynie so viele Klicks?

<https://www.derbund.ch/die-unheimliche-parallelwelt-der-frauenhasser-im-netz-882723476072>

Ende von Berliner Modellprojekt: Politik und Polizei streiten über Taser

Seit der Jahrtausendwende sind deutsche Spezialeinheiten mit „Distanzelektroimpulsgeräten“ ausgestattet, immer mehr Länder erlauben sie nun im Streifendienst. Innerhalb von drei Jahren starben sechs Personen in Deutschland nach einem Beschuss. Der Einsatz dieser Waffe ist in Berlin umkämpft.

netzpolitik.org/2022/ende-von-berliner-modellprojekt-politik-und-polizei-streiten-ueber-taser/

Die Hände sind gebunden, doch die Finger haben Spiel

Zum Auftakt des zehntägigen Freiluftparlaments «Mobile» wurde am Freitagabend im St.Galler Frauenpavillon über die Situation von Sans-Papiers diskutiert. Eine ihrer Forderungen: mehr Fussballplätze.

<https://www.saiten.ch/die-haende-sind-gebunden-doch-die-finger-haben-spiel/>

Was steht an?

Antifaschistisches Festival «Un!te»

9. und 10. September 2022 | Kochareal, Zürich

<https://unite.kochareal.ch/>

Fest: Revolutionäres Zentrum Luzern

11. September 2022 | ab 16 Uhr | RÄZeL, Horwerstrasse 14, Luzern

Seit über drei Jahren beleben verschiedene Gruppen und Personen das RÄZeL – es ist an der Zeit, diesen wichtigen Ort in Luzern zu feiern.

<https://barrikade.info/article/5369>

Aktionstage enough!

16. bis 18. September 2022 | Parkplatz, Zürich

Aktionstage zu Migrationskämpfen und antirassistischem Widerstand.

<https://aktionstage-enough.ch>

Blockade: Kein Fussbreit dem „Marsch für’s Läbe“!

17. September 2022 | Oerlikon

<https://barrikade.info/article/5356>

Wer ist antira.org?

antira.org ist ein Zusammenhang von herrschaftskritischen Antirassist*innen in der Deutschschweiz. Wir sind autonom vernetzt, bezahlen keine Löhne und leben von solidarisch-widerständiger Arbeitszeit. Wir sind offen für Menschen, die unsere politischen Analysen, Ziele und Mittel teilen. Aktuell wird antira.org von weiss-sozialisierten Personen betrieben. Wir wollen rassistische Privilegien nutzen, um Rassismus zu bekämpfen. Dennoch sehen wir uns von Rassismus (mit-)geprägt und versuchen unsere Sozialisierung und Position innerhalb der rassistischen Gesellschaft kritisch und intersektional zu reflektieren. Für die Ausrichtung von antira.org finden wir es wichtig, im Austausch und Dialog mit nicht-weissen Personen und Zusammenhängen zu stehen und würden es begrüßen, wenn schwarze oder PoC-Kompliz*innen bei antira.org mitmachen würden. Wann immer möglich, nehmen wir auch Berichte und Analysen von BPoC-Personen, Kollektiven oder Strömungen auf. Bitte schickt uns solche Texte, Berichte, Analysen, Veranstaltungshinweise etc. an antira@immerda.ch.



UNITE

ANTIFASCIST FESTIVAL

9.-10.9.2022 KOCHAREAL

ZUREICH

UNITE.KOCHAREAL.CH